

Industrie | 12.06.2013 | Lesezeit 3 Min.

Der wiederentdeckte Wachstumsmotor

In einem Punkt sind sich die Politiker in der EU wohl einig: Damit es in den Krisenstaaten wieder aufwärts geht, muss die Wirtschaft wachsen. Der Weg dorthin ist zwar umstritten, doch ohne eine Stärkung der Industrie wird es sicherlich nicht gehen. Die EU-Länder täten also gut daran, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass Industriefirmen verstärkt an europäischen Standorten investieren.

Vor kurzem hat der ungarische EU-Sozialkommissar László Andor die schon häufiger geäußerte Kritik an den deutschen Exportüberschüssen wiederholt: Diese würden die europäische Währungsunion gefährden. Deutschland müsse deshalb die Lohnzurückhaltung aufgeben.

Tatsächlich aber hat Deutschland seine Erfolge im Außenhandel in erster Linie seiner starken Industrie zu verdanken. Wurde die Industrie noch vor einigen Jahren in Europa als Auslaufmodell belächelt, ist sie heute wieder als wichtiger Wachstumsfaktor anerkannt.

Zu den Gründen zählt, dass Unternehmen des Industriesektors viele Dienstleistungen nachfragen und so auch in diesen Branchen die Wertschöpfung steigern. Zudem ist die Industrie überdurchschnittlich produktiv und zahlt relativ hohe Löhne - in Deutschland etwa liegt der durchschnittliche Bruttolohn je Arbeitsstunde in der Industrie bei knapp 24 Euro, im Servicesektor sind es nur rund 20 Euro. Außerdem ist die Industrie besonders engagiert in der Ausbildung und forscht sehr viel intensiver

als die übrigen Wirtschaftsbereiche.

Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Wachstumsschwäche einiger europäischer Länder mit den langjährigen Problemen ihrer Industriebranchen zu tun hat. Ein Blick auf die Fakten ist jedenfalls ziemlich ernüchternd (Grafik):

In den westeuropäischen Industrieländern ist die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von 1995 bis 2011 im Jahresdurchschnitt zwar um 2,2 Prozent gestiegen – die asiatischen Konkurrenten kamen jedoch auf 11,8 Prozent.



Die westeuropäische Industrie hat aber nicht nur auf dem Weltmarkt an Boden verloren. Auch innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften zeigte sie wenig Dynamik. Entsprechend ging der Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Westeuropa zwischen 1995 und 2011 im Schnitt von rund 20 auf 15 Prozent zurück.

Dabei lassen sich jedoch nicht alle Länder über einen Kamm scheren:

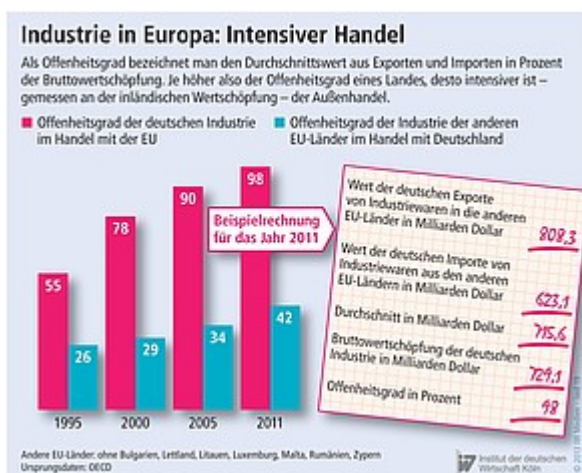
Der Anteil der deutschen Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist seit 1995 um 0,6 Prozentpunkte auf rund 23 Prozent

gewachsen.

Ganz anders sah es beispielsweise im Nachbarland Frankreich aus – dort fiel der Industrieanteil um etwa 6 Punkte auf nur noch 10 Prozent.

Dies erlaubt aber keineswegs den Schluss, das deutsche Verarbeitende Gewerbe sei auf Kosten anderer Länder gewachsen. Vielmehr ist die Industrie in der EU immer stärker verflochten. Dies zeigt der sogenannte Offenheitsgrad, der den Außenhandel in Relation zur inländischen Wertschöpfung abbildet (Grafik):

Der Offenheitsgrad der deutschen Industrie im Handel mit den anderen EU-Ländern ist seit 1995 von 55 auf 98 Prozent gestiegen.



Damit wurden 2011 zwischen Deutschland und der übrigen EU im Schnitt fast genauso viele Industriewaren gehandelt, wie die Firmen hierzulande erzeugen.

Immer enger werden die Verbindungen auch aus der Perspektive der EU-Partner – ihr Offenheitsgrad im industriellen Handel mit Deutschland erhöhte sich von 26 Prozent Mitte der 1990er Jahre auf 42 Prozent im Jahr 2011. Besonders stark stiegen die EU-Exporte von Vorleistungsgütern wie Kunststoffen oder Computerchips nach Deutschland.

Insgesamt legen die Daten zwei Schlussfolgerungen nahe:

1. **Erstens** haben die deutschen Industriefirmen ein großes Interesse daran, mit leistungsfähigen europäischen Partnern und Zulieferern zusammenzuarbeiten.
2. **Zweitens** profitiert die Industrie in den anderen EU-Staaten von den deutschen Exporterfolgen. So zeigt eine wissenschaftliche Analyse, dass die Vorleistungsexporte der EU-Partner um 9 Prozent steigen, wenn die gesamten deutschen Ausfuhren um 10 Prozent zulegen – ein bemerkenswert enger Zusammenhang.

Damit ist klar, dass der Politik die Zukunft der Industrie in Europa nicht gleichgültig sein kann. Doch eine gezielte Förderung einzelner Industriezweige, mit der die EU-Kommission liebäugelt, ist nicht zu empfehlen. Denn in der Regel können Behörden zukunftsweisende Branchen schlechter ausfindig machen als der Markt.

Vielmehr müssen die Regierungen die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit Industrieunternehmen an einem bestimmten Standort investieren und so für Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen (vgl. [iwd 43/2012](#)). Entscheidend sind unter anderem eine preiswerte Energieversorgung, eine verlässliche Rechtsordnung, wenig Bürokratie, eine gut ausgebaute Infrastruktur und ein breites Angebot an qualifizierten Fachkräften.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) **Die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa** IW-Analysen Nr. 88, Köln 2013, 122 Seiten, 21,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter: www.iwmedien.de/bookshop

Kernaussagen in Kürze:

- Damit es in den Krisenstaaten wieder aufwärts geht, muss die Wirtschaft wachsen, doch ohne eine Stärkung der Industrie wird es sicherlich nicht gehen.
- Der Anteil der deutschen Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist seit 1995 um 0,6 Prozentpunkte auf rund 23 Prozent gewachsen.
- Der Offenheitsgrad der deutschen Industrie im Handel mit den anderen EU-Ländern ist seit 1995 von 55 auf 98 Prozent gestiegen.